

GIB MIR MEIN NETZ ZURÜCK I

Berlin gegen Vattenfall

Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“ für Netzübernahme und Stadtwerke startet

Energiewende und Klimaschutz in Berlin? Davon ist nicht viel zu sehen. Mit einem Volksbegehren will der Berliner Energietisch, ein offenes Bündnis aus derzeit 47 lokalen Organisationen, die Berliner Energieversorgung ökologischer, sozialer und demokratischer gestalten. Dazu soll das Stromnetz rekommunalisiert und ein neues Stadtwerk gegründet werden. Derzeit ist Vattenfall der Berliner Netzbetreiber und Versorger.

Bereits im Juli 2012 hatte der Energietisch die erste Stufe des Volksbegehrens erfolgreich abgeschlossen. Doch die Debatte mit dem Berliner Senat und den Regierungsfractionen brachte keine Einigung. Der Senat lehnte den vom Energietisch vorgelegten Gesetzesentwurf ab. Im Dezember legten die Koalitionsfractionen von SPD und CDU zwar einen eigenen Entwurf vor, der aber an vielen Stellen so abgeschwächt war, dass der Berliner Energietisch ihn nicht akzeptieren konnte. Seit Mitte Dezember ist nun klar, dass es zu einem Volksbegehren in Berlin kommen wird: Innerhalb einer Frist von vier Monaten müssen 200.000 Unterschriften Wahlberechtigter in Berlin gesammelt werden, damit sich das Abgeordnetenhaus erneut mit den Forderungen des Bündnisses auseinandersetzen muss. Am 11. Februar startete die Unterschriftenaktion, die bis 10. Juni laufen wird. Gelingt es, die Unterschriften zusammen zu bekommen – was kaum jemand bezweifelt – und lehnt das Abgeordnetenhaus erneut das Anliegen ab, kommt es in Berlin - wie auch in Hamburg - zu einem Volksentscheid. Dann werden alle BerlinerInnen am Tag der Bundestagswahl direkt entscheiden können. Es geht nicht nur ums Ökologische, auch soziale und demokratische Aspekte der Energieversorgung sind ein wichtiges



Am 3.7.2012 wurden dem Berliner Senat 36.089 Unterschriften bergeben, weit mehr als die benötigten 20.000

Anliegen. Ein neues Berliner Stadtwerk erzeugt und verkauft ausschließlich dezentral erzeugte erneuerbare Energie aus der Region Berlin-Brandenburg. Ziel ist es, Berlin zu 100 Prozent mit Ökostrom zu versorgen. Kohle- und Atomstrom werden generell ausgeschlossen. Lediglich hocheffiziente dezentrale KWK-Anlagen dürfen während eines Übergangszeitraumes eingesetzt werden. Auch versteht sich das neu zu gründende Stadtwerk als Partner der BürgerInnen und will sich für dezentrale Erzeugung von erneuerbaren Energien auch aus Bürgerkraftwerken einsetzen. Der Energietisch fordert eine sozialverträgliche Energiewende. Um einer wachsenden Energiearmut entgegenzuwirken, sollen einkommensschwache Haushalte gezielt beraten sowie die Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte gefördert werden. Zudem soll das Stadtwerk für sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung sorgen. Es kann sie gezielt unterstützen und sorgt so neben verbessertem Klimaschutz

für niedrigere Energierechnungen. Die Energiewende muss also nicht zu Lasten der BürgerInnen gehen. Für Stadtwerk und Netzgesellschaft gilt außerdem: Transparenz statt Geheimverträge. Die Beteiligung der BürgerInnen ist eines der Kernanliegen. Sie sollen die Energieversorgung demokratisch mitgestalten. Daher sind sowohl die Direktwahl von Teilen des 15-köpfigen Verwaltungsrates als auch weitgehende Mitbestimmungsrechte wie z. B. ein Initiativrecht vorgesehen. Außerdem wird eine Ombudsstelle eingerichtet. So werden Entscheidungsfehler viel schneller durch die BürgerInnen korrigiert und nicht endlos von den politischen Akteuren ignoriert.

Autor Stefan Taschener vom BerlinerEnergietisch empfiehlt Aktions-Urlaub in Berlin: melden Sie sich als UnterschriftensammlerIn!

Alle Infos dazu auf www.berliner-energietch.de

Hamburg gegen Vattenfall und E.on

Hamburger Volksentscheid bekommt massiven Gegenwind von CDU und Wirtschaft

Anfang Juli 2011 war für Vattenfall und E.on in Hamburg klar: „Wir haben ein Problem“. Ein breites Bündnis aus Umweltinitiativen, Kirche, Verbraucherzentrale und Mietervereinen hatte innerhalb nur weniger Wochen über 120.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt, um die Netze für Strom, Fernwärme und Gas vollständig zu rekommunalisieren. Kein anderes Volksbegehren in der Elbmetropole war bis dahin erfolgreicher!

In den folgenden Debatten und Anhörungen in der Bürgerschaft zeigte sich sehr schnell: Die Argumente des Bündnis „Unser Hamburg - Unser Netz“ für eine hundertprozentige Übernahme der drei Energienetze sind überaus gut. Selbst von der SPD-Fraktion bestellte Experten mussten das einräumen. Indirekt kritisierten sie damit das von der SPD verfolgte Modell: Diese strebt eine Minderheitsbeteiligung von 25,1 Prozent bei den Netzgesellschaften von Vattenfall (Strom, Fernwärme) und E.on Hanse (Gas) an. Damit, so Bürgermeister Olaf Scholz, würde die Stadt einen „strategischen Einfluss“ erreichen und könne die Energiewende gemeinsam mit Vattenfall und E.on vorantreiben. Dem widersprechen gleich zwei ehemalige Hamburger SPD-Bürgermeister: Henning Voscherau unterschrieb öffentlich für das Volksbegehren und Ortwin Runde erklärte dem Hamburger Abendblatt, dass für einen „bestimmenden Einfluss“ 51 Prozent erforderlich wären.

Wenige Tage vor der Entscheidung der Bürgerschaft über das Volksbegehren legte der Senat seine Verhandlungsergebnisse vor – und die Bürgerschaft lehnte mehrheitlich das Volksbegehren ab. Das Bündnis „Unser

Hamburg - Unser Netz“ kritisierte das SPD-Minderheitsbeteiligungsmodell: Damit würden vor allem die Marktmacht und die wirtschaftlichen Interessen von Vattenfall und E.on Hanse geschützt.

Damit war entschieden: In Hamburg würde es zu einem Volksentscheid kommen. Am Tag der Bundestagswahl werden alle HamburgerInnen auch darüber entscheiden, ob weiterhin Vattenfall und E.on die Netze betreiben, oder ob sie in öffentliche Hand kommen und endlich als Unterstützung für die Energiewende genutzt werden können.

Wirtschaft und CDU gegen BürgerInnen

Für Überraschung sorgte im Dezember 2012 die CDU-Fraktion. Nachdem Hamburg seit fast zwei Jahren über das Volksbegehren diskutiert, die Bürgerschaft sich zweimal in Anhörungen mit dem Thema auseinander gesetzt hat und sich vor gut einem Jahr auch der Verfassungsschutz mit der Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens befasst hatte, reichte die CDU-Fraktion eine Klage vor dem Hamburger Verfassungsgericht ein. Die absurde Logik: Der Volksentscheid würde in das Königsrecht(!) des Parlaments – nämlich in das Haushaltsrecht – eingreifen und damit das Parlament entmachten! Gemeint ist: Der nach einem erfolgreichen Volksentscheid fällige Rückkauf der Energienetze hätte hohe Kosten für Hamburg zur Folge. Daher sei der Volksentscheid nicht zu-

lässig. Auch der Abgeordnete Walter Scheuerl (CDU-Fraktion) will seinen Beitrag leisten: Er wirft den beteiligten Umweltorganisationen Spendenbetrug vor: Der Volksentscheid und das Volksbegehren seien keine gemeinnützige Aufgabe. Daher dürften BUND, ROBIN WOOD und andere gemeinnützige Organisationen keine Gelder für diese Aktion zur Verfügung stellen.

Doch nicht nur die CDU hat etwas gegen eine Abstimmung durch die BürgerInnen: Wirtschaftsverbände und Unternehmen mobilisieren immer heftiger gegen den Volksentscheid. Zur Jahreswende erklärte der Chef der Handelskammer, Fritz Horst Melsheimer, in seiner Jahresschlussansprache die Volksgesetzgebung als einen Grund für die zunehmende Handlungsunfähigkeit der Politik! Zu häufig würden Gerichte oder das Volk direkt über Fragen befinden, die eigentlich von Parlamenten zu entscheiden seien. (Hamburger Abendblatt, 3.1.2013).

So offen wird selten gegen mehr Bürgerrechte und Demokratie polemisiert. Offenbar bekommen nicht nur Vattenfall und E.on, sondern auch Teile der Politik und Wirtschaft Angst vor den BürgerInnen.

*Dirk Seifert, Energiereferent
ROBIN WOOD*

Informationen: www.robinwood.de/Unser-Netz-Hamburg
www.unser-netz-hamburg.de



**UNSER HAMBURG
UNSER NETZ**
für die Hamburger Energiewende

Volksentscheid
am Tag der Bundestagswahl 2013